



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 836 890

B/XVI/269 - 30. November 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Schwache Staatsführung</u> Zur Regierungserklärung des vierten Adenauer-Kabinetts	76
3	<u>Dank an Carlo Schmid</u> Zu seinem 65. Geburtstag	47
4	<u>Die Reisen des Herrn Fay</u> Hessens CDU-Vorsitzender nicht "gefragt"	35
5 - 6	<u>Prügelknabe Albanien</u> Tirana als Mittel zwischen Moskau und Peking Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	60

* * * *

* * *

Schwache Staatsführung

Zur Regierungserklärung des vierten Adenauer-Kabinetts

sp - Unmittelbar nach Ende der Bundestagssitzung, in der die von Vizekanzler Erhard abgegebene Regierungserklärung erfolgte, kamen schon die verschiedenen Arbeitskreise der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zur kritischen Prüfung des Regierungsprogrammes zusammen. In Anwesenheit und nur in Anwesenheit des nun erkrankten Bundeskanzlers wird die Antwort auf die Regierungserklärung erfolgen. Sie trägt unverkennbar seine Handschrift.

Man kann von einem auf vier Jahre berechneten Programm nicht Perfektion erwarten. Die Zukunft läßt sich nicht entschleiern, und es mögen im Laufe der nächsten vier Jahre Ereignisse geschehen und Entwicklungen eintreten, die heute noch in Verborgenen liegen. Aber dennoch ist vieles vorausschaubar und aus dem Hier und Heute ergeben sich, eben um der Sicherung unserer Zukunft willen, zwingende Notwendigkeiten.

Wird das Programm der vierten Adenauer-Regierung dem gerecht? Da stellen sich schon die ersten Zweifel ein. Das Programm enthält neben vielem, was eigentlich selbstverständlich ist, zu viel Allgemeines. Es geht in manchen Teilen nicht über das hinaus, was vorhergehende Regierungserklärungen versprochen, aber nicht erfüllten. Die Finanzreform etwa, von der Tagesordnung der Innenpolitik nicht mehr wegzudenken, soll endlich in Angriff genommen werden. Hier wurde eine sozialdemokratische Anregung aufgegriffen, die Bildung einer aus erfahrenen und unabhängigen Persönlichkeiten bestehenden Kommission, die in angemessener Frist geeignete Vorschläge zur Verbesserung der Finanzverfassung zu unterbreiten hat. Die Sozialdemokratie kann das Urheberrecht dieser Forderung beanspruchen, war sie es doch, die diesen vernünftigen Vorschlag schon vor Jahren erhob und schließlich in Willy Brandts Regierungsprogramm zu einem wesentlichen Punkt machte.

Die Koalitionsparteien erwiesen sich auch in anderen Bereichen unseres Staates als fleißige Abschreiber des von Willy Brandt in der Bonner Beethovenhalle verkündeten sozialdemokratischen Regierungsprogrammes. Wieviel Hohn und Spott wurde seinerzeit von der CDU über die Bemerkung Brandts ausgegossen, der Himmel über dem Ruhrgebiet müsse wieder blau und Maßnahmen zur Gesunderhaltung unseres Volkes müßten eingeleitet werden. Die Idee der Förderung von Wissenschaft und Forschung und des vom Deutschen Olympischen Komitee vorgelegten "Goldenen Plans" zur sportlichen Ertüchtigung unseres Volkes fand auch in der Regierungserklärung ihren Niederschlag. Dies sei mit Genugtuung registriert, obwohl es nicht ohne Reiz ist, zu wissen, daß in den zustän-

ligen Ausschüssen des Bundestages alle diesbezüglichen Anträge auf das harte Nein der Regierung stießen.

Dankbar wäre der Bundesbürger gewesen, hätte er erfahren können, wie sich eigentlich die Regierung die verstärkte und breiter gestreute Eigentumbildung vorstellt und auf welchem Wege diese erfolgen soll.

Wie das Programm von 1957 enthält auch die jetzige Regierungserklärung das Versprechen einer Krankenversicherungsreform, ohne auch nur im geringsten deren möglichen Inhalt anzudeuten. Der unglückliche Arbeitsminister Blank hat sie im dritten Kabinett Adenauer nicht durchsetzen können. Glaukt er jetzt die Widerstände in den eigenen Reihen überwunden zu haben und Rücksichten fallen lassen zu können, die vor den Wahlen ihr Gewicht besaßen?

Kritik und Zustimmung der Opposition zum Regierungsprogramm werden unter dem Gesichtspunkt übergeordneter nationalpolitischer Notwendigkeiten stehen. Sie sieht nicht den Teil, sie sieht das Ganze. Als Mitträger des Staates und getragen vom Vertrauen von elfenhalb Millionen Wählern wird sie der Regierung dort Hilfestellung geben, wo sie im Gesamtinteresse und nicht aus Koalitionsrücksichten handelt, aber unerbittlich bekämpfen, was nicht der Weiterentwicklung der Bundesrepublik zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat diert.

Immer wieder tauchte in der Regierungserklärung das Wort vom Opfer auf, das gebracht werden müsse. Verteidigungslast und Entwicklungshilfe haben nun im Vergleich zu früher kaum für möglich gehaltene Größenordnungen erreicht. Die unvermeidlichen, durch die äußere Bedrängnis unseres Volkes und durch die weltpolitische Spannung bedingten und zu erbringenden Opfer dürfen jedoch nicht einseitig erbracht werden. Wer im Vergleich zu den breiten Schichten besser gepolstert ist, mag auch größere Opfer leisten. Es ist eine Lebensfrage jeder Demokratie, ob der Staatsbürger das Gefühl hat, in einem Staate zu leben, dessen Leitmotiv die Verwirklichung eines Höchstmaßes sozialer Gerechtigkeit ist.

Hier aber nimmt sich die Regierungserklärung recht dürftig aus; sie trägt den Stempel jener Kräfte, die diese nach schweren Geburtswehen zustandegekommene Koalition bildeten. Von ihr geht keine, die ganze Nation beflügelnde Führung aus. Die Antwort auf die Regierungserklärung wird dies verdeutlichen.

Dank an Carlo Schmid

Zu seinem 65. Geburtstag

sp - "Professor Carlo Schmid 65 Jahre alt" - das ist gewiß keine Überschrift für den Geburtstagsartikel des am 3. Dezember tatsächlich seinen 65. Geburtstag feiernden "Carlo". Aber wie soll man es sonst sagen, wie soll man den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, den hervorragenden Politiker, den Schriftsteller und Professor der Staatswissenschaften an diesem Abschnitt seines Lebens richtig würdigen. Zahlen sagen im Leben eines Menschen verhältnismäßig wenig; bei Carlo Schmid gar nichts. Sie geben bei ihm weder Auskunft über die Persönlichkeit, noch über die Summe seiner Leistungen.

Die einen loben an "Carlo" die nimmermüde geistige Beweglichkeit, die anderen das große Einfühlungsvermögen des Wissenschaftlers, Künstlers und Politikers in die Bewegungen unserer Zeit, wieder andere den Mut, aber auch die Eleganz, mit der Carlo Schmid oft "heiße Eisen" anpackt.

Jeder Einzelne dieser Wesenszüge von Carlo Schmid ist nur Teil einer großen Persönlichkeit, deren Wirken für die Gemeinschaft, vom Individuellen kommend, trotz aller Bereitschaft zum Dienen am Ganzen das Individuelle glaubhaft ausstrahlen läßt. In Carlo Schmid personifiziert sich der grandiose Versuch, das Widersprüchliche in unserer Gesellschaft aufzuheben. Dieser Mann ist trotz seines Wirkens für die "res publica", trotz seiner intensiven Mitarbeit und freiwilligen Einordnung in eine große politische Gemeinschaft, mit allem seinem Tun und Lassen der unabhängige Geist geblieben.

Wer so ist und so handelt, findet natürlich auch Kritiker. Einige von ihnen begreifen nicht, warum ein "Gelehrter" sein Leben zwischen dem Katheder des Wissenschaftlers und dem Rednerpult des Politikers teilt. Über sie lächelt Carlo Schmid nur. Er sagt von ihnen, daß sie überhaupt nichts begreifen von diesem Leben, in dem es keine Abstraktion des rein Wissenschaftlichen von der pulsierenden Gegenwart gibt.

Viele 65-Jährige unserer Zeit haben sich in die Resignation geflüchtet; sie konnten nicht die geistige Kraft aufbringen, die notwendig ist, um das vornehme Isoliertsein gleichermaßen künstlerischer und wissenschaftlicher Denkungsart dem Tageskampf um die Emanzipation der menschlichen Gesellschaft dienstbar zu machen. Carlo Schmid ist einer der Wenigen, die es konnten, einer der Wenigen, die nie resignierten, dagegen die Erfüllung ihres Seins im Mitwirken bei der Gestaltung des demokratischen Staates erblickten.

Deshalb hat "Carlo" auch so viele Freunde im g a n z e n Volk. Diese Freundschaft ist herzlich, sie bleibt nicht begrenzt auf den Kreis der politisch Gleichgesinnten. Sie ist der Ausdruck des Dankes für einen Mann, der nie müde wurde, alle seine Fähigkeiten für a l l e einzusetzen.

Was Carlo Schmid, trotz vieler Enttäuschungen in seinem Leben, gab und immer wieder gibt, hat den steinigen Boden der Intoleranz gelockert und den Suchenden a l l e r Schichten unseres Volkes den Weg zum Mitdenken und zur Mitverantwortlichkeit für das Ganze geebnet. Dafür sind wir ihm alle Dank schuldig.

Die Reisen des Herrn Fay

sp - Während des Bundestagswahlkampfes waren in Hessen bei den drei Fahrten von Willy Brandt über 200 000 Menschen auf den Beinen. Auch als Ministerpräsident Zinn fünf Tage lang zahlreiche Landkreise Hessens besuchte, waren es täglich Zehntausende, die den "Landesvater" sahen und ihn freundlich begrüßten. Die Popularität dieser beiden sozialdemokratischen Politiker haben den Vorsitzenden der hessischen CDU, Dr. Wilhelm Fay, nicht ruhen lassen. Er unternimmt nunmehr auch Kreisbesichtigungsfahrten, um sich der Bevölkerung vorzustellen und um ihr zu sagen, "daß sich auch die Opposition um ihre Belange kümmert".

Die Bevölkerung des Hessenlandes ist aber an den "Vorstellungen" des Herrn Fay gar nicht interessiert. Die Fahrt, die ihn am vergangenen Wochenende durch den Kreis Bergstraße führte, mußte auch ihn als hartgesottenen Politiker belehren, daß er nicht gefragt ist. Der CDU-Vorsitzende fuhr durch 25 Orte, die zwischen 200 und 800 Einwohner zählen. Dörfer in einer Größe also, für die ein Besucher aus der Stadt oft eine kleine Sensation ist. Die Bevölkerung der Bergstraße ließ sich diese Sensation gern entgehen. Die Zuhörerszahl bei Fays Kurzansprachen schwankte zwischen vier, sechs, acht und zwölf. Einige Schulkinder rundeten das Bild ab. Aber oft sprach der CDU-Vorsitzende auch auf menschenleeren Straßen. Sein "Team", das ihn in vier Wagen begleitete, mußte nicht selten Publikum spielen.

Es ist fraglich, ob Herr Fay aus diesem Auftritt eine Lehre gezogen hat. Wenn er in dem der CDU so verbundenen Wahlkreis Bergstraße (hier wurde Dr. von Brentano schon viermal direkt gewählt) bereits ein Fiasko erlebte, wie wird es dann erst in Orten sein, in denen die CDU kaum Stammwähler hat. Nicht jeder kann publikumswirksame Rundfahrten unternehmen. "Wer ist das, der Fay?" fragten die Leute von der Bergstraße, soweit sie überhaupt Notiz von der Reise nahmen. Es genügt nun einmal nicht, nur führender Funktionär einer Partei zu sein. Man muß auch eine politische Leistung aufweisen können, wie es bei Willy Brandt und Georg August Zinn der Fall ist. Man weiß nicht, ob Herr Fay das einsehen wird. In seiner Umgebung ist man der Meinung, unbeschadet des Mißerfolges müsse er bis zur Landtagswahl im November 1962 einmal in jedem Landkreis auftauchen.

Prügelknabe Albanien

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Als ausserordentlich belastend für die sowjetisch-chinesischen Beziehungen werten Belgrader Beobachter die Tatsache, dass die chinesische Parteipresse nach einem gewissen Zögern die mehr als vierstündige Rede des albanischen Parteichefs Enver Hodscha anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Albanien (KPA) in vollem Wortlaut nachgedruckt hat. Stellte doch diese Rede den schärfsten Angriff dar, den jemals ein Kommunist gegen den sowjetischen Parteisekretär Nikita Chruschtschow erhoben hat. Wenngleich die sprachlichen Formulierungen noch nicht jenen beleidigenden Ton aufwiesen, den Tirana seit Jahren gegen den jugoslawischen Staatschef Tito benutzt, war doch in den inhaltlichen Beschuldigungen kaum noch ein wesentlicher Unterschied zu entdecken. Demnach ist Chruschtschow ebenso wie Tito ein "Revisionist". Und wenn die chinesische Presse solche harten Beschuldigungen Hodschas ihren Lesern zum besten gibt, die gewohnt sind, in Revisionismus den grössten Verrat am Kommunismus zu sehen, kann man kaum noch annehmen, dass man in Peking nicht derselben oder zumindest ähnlicher Meinung ist.

Neben den aussenpolitischen Aspekten dieses Prozesses rückt im ideologischen Bereich erneut die Frage nach der Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit des Krieges in den Vordergrund. Die albanischen Vorwürfe an die Moskauer Adresse richteten sich dabei in erster Linie auf folgenden Punkt: die KPA sei zwar nicht gegen die friedliebende Koexistenz, wehre sich jedoch gegen opportunistische Anschauungen Chruschtschows, der die friedliche Koexistenz zur allgemeinen, vorbehaltlosen Linie der Aussenpolitik der kommunistischen Staaten erheben wolle. Nach albanischer Lesart und offensichtlichen chinesischem Einverständnis ist dies nicht nur gleichbedeutend mit dem Verzicht, den "Imperialismus konsequent zu demaskieren", sondern eine Negierung des "Klassenkampfes" schlechthin. In diesem Irrglauben Chruschtschows - der jedoch bisher in keinem offiziellen sowjetischen Dokument niedergelegt worden ist -, die "Diktatur

des Proletariats" könne auf friedlichen, parlamentarischen "Umwege" erreicht werden, offenbare sich der nach albanisch-chinesischer Meinung gefährliche Revisionismus der herrschenden Moskauer Kommunisten.

Diese Polemik macht einmal mehr deutlich, daß man die ideologische Seite des einerseits sowjetisch-osteuropäischen und andererseits chinesisch-asiatisch-albanischen Methodenstreites als praktische Anweisung für die Durchsetzung des Weltkommunismus nicht unterschätzen sollte. Dieser seit mehr als einem Jahr schwelenden Auseinandersetzung ist eigentlich auch in letzter Zeit inhaltlich nichts Neues hinzugefügt worden, wenngleich sie in ein entschiedeneres Kampfstadium getreten ist.

Noch ist unklar, ob dies ein definitives politisches Zerwürfnis zwischen Moskau und Peking zur Folge haben muß, da die beiden Großen des Weltkommunismus wohl doch noch allzu sehr aufeinander angewiesen sind, um ihren Lehrstreit zu einer Entwicklung zu treiben, die der sowjetisch-albanischen ähnelt. Daß die Auseinandersetzung zwischen Moskau und Tirana heute so scharf ist, dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß Albanien nur der Prügelknabe ist, auf dessen Rücken die eigenen Differenzen ausgetragen werden. Im ideologischen Bereich sind jedoch mit der Wiedergabe der Beschuldigungen Enver Hodschas die letzten Rücksichten bereits aufgegeben worden. Was man jahrelang in Belgrad vermutete, China meine mit seinen auf Tito gemünzten Vorwürfen eigentlich Chruschtschow, schien noch nie so glaubwürdig wie jetzt. Vorläufig fehlt nur noch, daß die chinesischen Kommunisten demnächst Chruschtschow offen des "Revisionismus" beschuldigen und sich nicht mehr jetzt anstatt des jugoslawischen des albanischen Mittelmannes bedienen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel